FDP| 13.02.2014 - 10:45

Rezeptpflicht für 'Pille danach' abschaffen

Für die Liberalen ist der Widerstand der Union gegen die Abschaffung der Rezeptpflicht für die 'Pille danach' weder sachlich noch hinnehmbar. Bayerns FDP-Chef Albert Duin übte scharfe Kritik an der CSU-Gesundheitsministerin im Land, Melanie Huml, die an der Rezeptpflicht festhalten will. Die Ministerin sei in der Staatsregierung "für Gesundheit zuständig, nicht für Sexualmoral", konstatierte Duin. "Sie wird ihrem Amt nicht gerecht, wenn sie den Zugang zur 'Pille danach' erschwert."

Für Frauen in Notsituationen wäre es wichtig, dass sie das Präparat schnell und unbürokratisch in der Apotheke erhalten, ohne vorher einen Arzt aufsuchen zu müssen, so Duin weiter. Der Liberale verwies auf den skandalösen Fall einer jungen Frau in Köln, die letztes Jahr nach einer Vergewaltigung vergeblich in zwei katholischen Krankenhäusern um ein Rezept für das Medikament ersucht hatte. Duin betonte, dass das Verhütungsmittel schnellstmöglich nach dem Geschlechtsverkehr eingenommen werden solle, um eine ungewollte Schwangerschaft zu verhindern.

Sowohl die Weltgesundheitsorganisation als auch der Expertenausschuss des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte hätten für den freien Zugang zur 'Pille danach' plädiert. Außerdem sei Deutschland eines der letzten EU-Länder, die hier an der Rezeptpflicht festhalten, so Duin. Der FDP-Landeschef ging hart mit der Gesundheitsministerin ins Gericht: "Frau Huml kennt die Fakten und will trotzdem an der unnötigen Rezeptpflicht festhalten. Das disqualifiziert sie für ihr Amt." Letztendlich sei eine Ministerin weder der Kirche noch der Ärztelobby verpflichtet, sondern den Bürgern.

Verschreibungspflicht ist medizinisch unnötig

JuLi-Chef Alexander Hahn bekräftigte die Forderung nach rezeptfreiem Zugang. Insbesondere für junge Frauen in ländlichen Regionen, wo Krankenhäuser rar sind, wäre dies in akuten Notsituationen von großer Hilfe, betonte Hahn. Der Jungliberale und FDP-Vorstandsmitglied hob hervor, dass die medizinische Meinung in Deutschland eigentlich eindeutig sei: "Schon im Jahr 2003 plädierte ein Sachverständigenrat des Bundesgesundheitsministeriums für die Abschaffung der Verschreibungspflicht, da die Einnahme der 'Pille danach' einfach sei, keiner ärztlichen Beratung bedürfe und außerdem nur höchst selten und dann mit meist unproblematischen Nebenwirkungen verbunden sei", erläuterte Hahn.

Inzwischen erreicht die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Verhütungsform sogar die katholische Kirche. In der Debatte über die Notfallbehandlung von vergewaltigten Frauen in katholischen Kliniken hat der Kölner Erzbischof Joachim Kardinal Meisner erklärt, dass die 'Pille danach' hinnehmbar sei. Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion in NRW, begrüßte dies und betonte, dass die Akzeptanz des Medikaments ein wichtiger Schritt sei, den betroffenen Frauen beizustehen und ihnen zu helfen. "So können Opfer von sexueller Gewalt sicher sein, auch in katholischen Krankenhäusern mit allen notwendigen Maßnahmen behandelt und versorgt zu werden", führte sie aus.

Union steckt im vergangenen Jahrtausend fest

Vor diesem Hintergrund ist es für die Liberalen völlig unverständlich, wie die Christdemokraten noch an der bestehenden Verschreibungspflicht festhalten könnten. Der Union seien in dieser Frage die sachlichen Argumente ausgegangen, stellte Hahn klar. Jetzt müsse sie zu populistischen Vergleichen greifen, um das konservative Weltbild im Reinen zu halten. "Statt einer konkreten Verbesserung für junge Menschen, bekommen wir dank der Union nun wohl weiterhin den Muff des letzten Jahrtausends", monierte der JuLi-Chef.

Quell-URL:https://www.liberale.de/content/rezeptpflicht-fuer-pille-danach-abschaffen